

Eingegangen am: _____/_____/_____

Bearbeitet von: _____

Antrag ☐ entsprochen ☐ abgelehnt:
Begründung im Falle der Ablehnung: _____

Antrag zur Verleihung des Hochschulgrades „Bachelor of Laws (LL.B.)“ an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum

- bitte am Computer ausfüllen, unterschreiben (!) und zusammen
mit den Nachweisen an:

**Ruhr-Universität Bochum, Juristische Fakultät, Prüfungsamt,
Postfach 4, Universitätsstr. 150, 44801 Bochum -**

A. Angaben zur Person

Name (ggf. Geburtsname)	
Vorname	
Straße und Hausnummer	
Postleitzahl und Ort	
Geburtsdatum	
E-Mail	@rub.de @edu.rub.de
Tel.:	
Matrikelnummer	108

B. Beantragung des Hochschulgrads „Bachelor of Laws (LL.B.)“ nach § 1 S. 1 Ordnung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum zur Verleihung des Hochschulgrades „Bachelor of Laws (LL.B.) und zur Bachelornotengebung nach § 66 Abs. 1 a HG NRW“ vom 28.11.2025

Ich beantrage die Verleihung des Hochschulgrads „Bachelor of Laws (LL.B.) (Ruhr-Universität Bochum)“ nach § 1 S. 1.

- Ich habe die **Schwerpunktbereichsprüfung an der Ruhr-Universität Bochum**
vor dem 1. April 2017 erfolgreich abgeschlossen (Datum der letzten Prüfungsleistung)
nach dem 31. März 2017 erfolgreich abgeschlossen (Datum der letzten Prüfungsleistung)
Nachweis: Kopie des Zeugnisses über das Bestehen der universitären
Schwerpunktbereichsprüfung an der Ruhr-Universität Bochum;

2. Ich wurde zur **staatlichen Pflichtfachprüfung**

a)

vor dem 01. April 2017 zugelassen

nach dem 31. März 2017 zugelassen

Nachweis: Zulassungsbescheinigung zur staatlichen Pflichtfachprüfung oder Ladung (Freiversuch oder erster Versuch)

Hinweis: In Einzelfällen benötigen wir eine Bescheinigung, aus der sich ergibt, ob und gegebenenfalls wann Sie zum Freiversuch (§ 25 JAG NRW) oder zur Abschichtung (§ 12 JAG NRW) zugelassen wurden; dies insbesondere dann, wenn Ihre Schwerpunktbereichsprüfung vor dem 01.04.2017 bestanden wurde.

b)

noch nicht zugelassen und erfülle die Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 Nr. 1-5 JAG NRW

Nachweis: Bescheinigung nach § 66 Abs. 1a S. 3 HG NRW (ausgestellt durch das Justizprüfungsamt)

HINWEIS: § 66 Abs. 1 a S. 2 HG NRW besagt: "Die Voraussetzungen nach Satz 1 müssen erstmalig vollständig zu einem Zeitpunkt gegeben sein, der **nach dem 31. März 2017** liegt." Der Bachelor wird damit nicht verliehen, wenn nicht mindestens eine Voraussetzung, also Zulassung zur staatlichen Pflichtfachprüfung oder Bestehen der Schwerpunktbereichsprüfung nach dem 31.03.2017 vorlagen. Lagen beide Voraussetzungen vor dem 01.04.2017 vollständig vor, werden **Anträge auf Verleihung des integrierten Bachelors abgelehnt**.

3. Mit meiner Unterschrift versichere ich, dass kein Antrag auf Verleihung des Bachelorgrades im Sinne von § 1 dieser Ordnung gegenüber einer anderen Fakultät oder Hochschule gestellt und kein entsprechender Bachelorgrad durch eine andere Juristische oder Rechtswissenschaftliche Fakultät im Sinne von § 1 dieser Ordnung verliehen wurde.

(Datum)

(Unterschrift)